

## **Zukunftsmarkt erneuerbare Energien**

### **Bauwirtschaft sieht große Potenziale bei Geothermie und Offshore-Windkraft**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien entwickelt sich für Bauindustrie und Baustoffhersteller zu einem Zukunftsmarkt mit großen Wachstumspotenzialen. Allein im Bereich der Geothermie ist bis 2030 für Wohnungsbau und Gewerbebau mit einem Bauvolumen von 25 Milliarden Euro zu rechnen. Das geht aus einem Gutachten hervor, das Deutsche Bank Research unter dem Titel „Geothermie - Chancen für die Bauwirtschaft im Lichte des Klimawandels und der absehbaren Energieknappheit“ für die Spitzenverbände der Deutschen Bauindustrie und der deutschen Baustoffhersteller erarbeitet hat. Wichtige Marktpotenziale berge auch der Ausbau der Offshore-Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee. Hinter den Plänen der Bundesregierung, hiermit eine Energieleistung von bis zu 25.000 Megawatt bis zum Jahr 2030 vor den deutschen Küsten zu gewinnen, stünde ein Investitionsvolumen von über 80 Milliarden Euro, davon 20 bis 25 Milliarden Euro Bauinvestitionen allein für die Fundamente und ihre Verankerung, so Dipl.-Ing. Herbert Bodner, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie. „Oberstes Ziel muss aber eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung für Bürger und Wirtschaft sein“, so Andreas Kern, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ) und Vizepräsident des Bundesverbandes Baustoffe - Steine und Erden (BBS). Hierzu werde ein breiter Energiemix benötigt, der nicht allein politisch gesteuert, sondern letztlich Resultat von Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit sein müsse. Die Beiträge der Bauwirtschaft zum Ausbau der erneuerbaren Energien und damit zum Klimaschutz sowie zur Sicherung der Energieversorgung standen heute im Mittelpunkt einer Gemeinschaftsveranstaltung von Bauindustrie und Baustoffherstellern in Berlin.

Mit ihrem Interesse am Schwerpunkt Geothermie betrete die deutsche Bauwirtschaft zudem kein Neuland. Gerade im Bereich der oberflächennahen Geothermie sei die Branche weiter als in der Öffentlichkeit bekannt, so Bodner. Im Wohnungsbau habe der Anteil der neu errichteten Gebäude, die vorwiegend geothermisch beheizt werden, von weniger als 1 Prozent im Jahre 2000 auf 18,5 Prozent im Jahre 2008 zugenommen. Im Vergleich dazu gebe es im Bereich von Verwaltungsgebäuden, Fabrik- und Werkstattgebäuden noch großen Nachholbedarf. Hier liege der Anteil geothermisch beheizter Objekte derzeit bei knapp 5 Prozent. Vorreiter der Geothermienutzung seien gewerbliche Hochhausbauten. Bodner: „Inzwischen gibt es in Deutschland kaum noch Hochhausprojekte, die auf Energiepfähle aus Beton verzichten.“

Die neue schwarz-gelbe Regierung müsse sich insgesamt an ihrem Anspruch messen lassen, „eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik“ betreiben zu wollen, kündigte Kern an. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen in einem dynamischen Energiemix die erneuerbaren Energien allmählich den Hauptanteil an der Versorgung übernehmen. Kern: „Dazu müssen diese so schnell wie möglich markt- und speicherfähig gemacht werden“. Die Speicherfähigkeit von Beton werde auf einem hohen innovativen Niveau vor allem bei der so genannten Betonkernaktivierung genutzt. Dabei kann die Energieeffizienz optimiert werden, indem Erdwärme genutzt sowie Erd- und Wasserspeicher thermisch mit in das System einbezogen werden.

Nach den ehrgeizigen Zielvorgaben der Bundesregierung soll der Anteil der regenerativen Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf 30 Prozent erhöht werden. Zudem hat die Koalition von Union und FDP bekräftigt, die Emissionen bis 2020 um möglichst 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die Baustoffindustrie, etwa die Zementherstellung, ist hier in doppelter Weise involviert. Als energieintensive Branche muss sie die Energiekosten als wichtigen Kostenfaktor in der Produktion so gering wie möglich halten. Zum anderen stellen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ein interessantes Absatzpotenzial für Baustoffhersteller dar. Bisher hat beispielsweise die Windkraft in Deutschland einen Anteil von 7 Prozent an der Stromerzeugung, der nach den Plänen der Regierung bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppelt werden soll.

Das Engagement für den Ausbau der erneuerbaren Energien diene nicht nur dem globalen Klimaschutz, es bewirke auch mehr Versorgungssicherheit und weniger Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten. Vor allem schaffe es Arbeitsplätze, und zwar nicht nur im Anlagenbau, sondern auch in der Bau- und Baustoffindustrie, hoben die Spitzenvertreter der beiden Verbände hervor.